

INLAND

Die Konfrontation mit der EU wird sich nach Insiderangaben noch zuspitzen.

SEITE 16

AUSLAND

Taiwan mischt sich in den Inselstreit im Ostchinesischen Meer ein.

SEITE 18

WIRTSCHAFT

Kioskbetreiberin Valora verleiht sich Brezelkönig für Millionen ein.

SEITE 19

KULTUR

Schweizer Filmpreis soll eine Brücke bauen zwischen Deutsch- und Westschweiz.

SEITE 23

SPORT

FC Basel will mit Sieg gegen Sion Anschluss an die Spitze halten.

SEITE 24

People

Der im Internet weltweit berühmt gewordene südkoreanische Rapper Psy hat angekündigt, in Seoul halbnackt in der Öffentlichkeit zu tanzen, sollte sein Song «Gangnam Style» die Nummer 1 der amerikanischen Charts erklimmen. Am liebsten würde er seinen charakteristischen Pferdetanz – der an einen Reiter auf einem Pferd erinnert – vor dem Rathaus in der südkoreanischen Hauptstadt aufführen, sagte Psy gestern in Seoul nach seiner Rückkehr aus den USA. Der Videoclip zu «Gangnam Style» wurde auf dem Onlineportal Youtube mittlerweile schon über 270 Millionen Mal angeklickt. (sda)



Psy

Wolfgang Joop hat keine Angst vor dem Jugendkult in der Modebranche. Coolness sei trainierbar. Voraussetzung seien «Sensibilität und Durchhaltevermögen, alte Augen und ein immer junges Herz», sagte der 67-Jährige der Nachrichtenagentur DPA. Joop zählt mit **Karl Lagerfeld**, der über 70 ist, und dem 68-jährigen **Jil Sander** zu den bekanntesten deutschen Modeschöpfern. «Von uns dreien bleibt mir ein kleiner Vorsprung. Ich bin und bleibe der Jüngste», betonte Joop. (sda)

Die russische Opernsängerin **Anna Netrebko** hat trotz langer Karriere immer noch vor jedem Auftritt Lampenfieber. «Immer. Es sind schliesslich Liveauftritte», sagte die 41-jährige Sopranistin am Montagabend vor einer Premiere in der New Yorker Metropolitan-Oper. Gegen die Nervosität helfe, wenn sie von ihrem Partner **Erwin Schrott** begleitet werde, der ebenfalls als Opernsänger arbeitet. (sda)



Anna Netrebko

TAGESTHEMA: ENERGIEWENDE KONKRET

Planwirtschaftliche Eingriffe und Erziehungsmassnahmen

Bis heute war der Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie ein reines Lippenbekenntnis. Jetzt liegen erste Detailpläne zur Umsetzung vor – mit Sprengkraft. Eine Analyse.

Von Stefan Schmid, Bundeshaus und Niklaus Ramseyer

Bern. – Noch sind alle fünf Atommeiler am Netz, noch hat das Land keine nennenswerten Anstrengungen unternommen, den Anteil der Atomenergie an der Gesamtenergieversorgung zu ersetzen oder den Energieverbrauch pro Kopf zu senken. Geschickt und instinktsicher hat Energieministerin Doris Leuthard (CVP) – die einstige Atomförworterin – die Verunsicherung nach dem Nukleardeaster von Fukushima im Frühling 2011 genutzt, um die Energiewende aufzugleisen. Geholfen haben ihr dabei die SP-Bundesräte sowie Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP). Im Parlament bilden SP, Grüne, Grünliberale, BDP und CVP die Anti-Atom-Koalition. Die SVP hat sich von Anfang an auf die Seite der Atomlobby geschlagen, und die FDP laviert bis heute.



Einsames Solarmobil im Jura: Sollen das Energiesparen und die Nutzung alternativer Energien keine Nischenphänomene bleiben, muss die Politik drastische Massnahmen ergreifen. Bild Laurent Gillieron/Keystone



Jetzt aber rückt die Stunde der Wahrheit näher. Voraussichtlich am Freitag wird der Bundesrat erklären, wie die Energiewende konkret umgesetzt werden soll. Die Stossrichtung seines Energiegesetzes sieht etwa so aus: Gemäss Entwurf, der der «Südostschweiz» vorliegt, will Leuthard den Energieverbrauch pro Kopf massiv senken. Von einer Reduktion um bis zu 40 Prozent bis 2050 ist die Rede. Geschehen soll dies mittels Eingriffen in die freie Marktwirtschaft.

Eingriff in die Freiheit der Stromkonzerne

Leuthard will offenbar das aktuelle Geschäftsmodell der Stromkonzerne weitgehend auf den Kopf stellen. Heute verdient am meisten Geld, wer möglichst viel Strom verkauft. Grosskunden profitieren von Mengenrabatten. Neu sollen Stromkonzerne auf konkrete Effizienzziele verpflichtet werden. Belohnt werden also jene, die jährlich weniger Strom verkaufen –

sei es dank besserer Beratung der Kunden, sei es dank progressiven Tarifen. Weiter will Leuthard die technischen Vorschriften für Anlagen, Fahrzeuge und Geräte verschärfen. Für alle Häuser soll ein Energieausweis eingeführt, und via kantonale Richtlinien sollen Verbrauchsstandards festgelegt werden. Die Energieministerin setzt stark auf Anreize: Wer zum Beispiel ein sparsames Auto kauft, soll belohnt werden, wer eine Benzinschleuder fährt, soll tiefer ins Portemonnaie greifen müssen.

Ein politischer Kraftakt

Effizienzmassnahmen und Vorschriften sind das eine, der Ausbau der erneuerbaren Energie das andere. Kantone sollen künftig festlegen, welche Gewässer geschützt und welche für den Ausbau der Wasserkraft genutzt werden sollen. Wind- und Solarenergie sollen mit Förderabgaben wie der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) stärker subventioniert werden.

Noch unklar ist, ob und wie die Energiewende zusätzlich mit der von Widmer-Schlumpf angeregten ökologischen Steuerreform beschleunigt wird. Dies würde bedeuten, dass alle Energieträger teurer würden, um de-

ren Verschwendung Einhalt zu gebieten. Direkte Steuern würden dafür gesenkt, sodass sich insgesamt die Fiskalquote nicht erhöhen würde.

Die Auflistung aller geplanten Massnahmen zeigt: Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein Kraftakt, der nur dank massiven planwirtschaftlichen Eingriffen erfolgversprechend ist. Ohne staatliche Lenkung, ohne monetäre Anreize, ohne obrigkeitliche Erziehungsmassnahmen geht gar nichts. Entsprechend gross wird der Widerstand von energieintensiven Branchen wie auch der Stromwirtschaft selber sein. Leuthard und Widmer-Schlumpf haben eine grosse und schwierige Aufgabe. Keine Zweifel: Die Energiewende ist das Megaprojekt der Schweizer Politik.

Unpopulär, wenn es konkret wird

So populär der Atomausstieg in der Bevölkerung sein mag und so mutig die Bundesrätinnen Leuthard und Widmer-Schlumpf vorangehen: Wir alle sind bisher den Beweis schuldig geblieben, dass wir Energie sparen können und wollen. Dass wir auch bereit sind, für Verschwendung mehr zu bezahlen, dass wir in der Lage sind, unseren Lebensstil anzupassen. Eben hat der Kanton Bern die Mo-

torfahrzeugsteuern um ein Drittel gesenkt. Die Bernerinnen und Berner wollen günstiger Auto fahren. Doch nicht nur in Bern ist Energie sparen immer dann, wenn es konkret wird, unpopulär.

Ohne Zwang wird es nicht gehen

Der Endenergieverbrauch pro Kopf verharrt seit 1990 auf hohem Niveau. Effizienzsteigerungen – beispielsweise durch sparsamere Autos oder verbrauchsärmere Kühlschränke – werden in der Regel durch die Mengenausweitung (mehr Geräte infolge steigenden Wohlstands) weggefressen. Bei allem Wohlwollen für das Ziel, den Energieverbrauch drastisch zu senken: Aus heutiger Sicht kann man an diese schöne neue Energiewelt noch gar nicht glauben.

Die Energiewende ist ein langfristiges und notwendiges Projekt. Die heutigen Bundesrätinnen werden längst pensioniert sein, wenn die jetzt eingeleiteten Massnahmen wirklich greifen. Die Energiewende wird vielen Bürgern finanziell weh tun. Sie wird nur stattfinden, wenn alle ihr Konsumverhalten ändern. Und dies wiederum wird nur gelingen, wenn der Staat die Bürger ein Stück weit zu ihrem Glück zwingt.